

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

- Antrag zur direkten Beratung in StvV gemäß § 9 GOSTvV
- Antrag über SKA gemäß § 9 GOSTvV
- Antrag über BUA gemäß § 9 GOSTvV
- Antrag über HFA gemäß § 9 GOSTvV
- Anfrage gemäß § 9 GOSTvV
- Frage gemäß § 10 GOSTvV

| Stadtverordnetenvorsteher | | |
|---------------------------|---------|--------------|
| Datum | Uhrzeit | Sichtvermerk |
| Schriftführer (in) | | |
| Datum | Uhrzeit | Sichtvermerk |

betr. Tarifforderungen der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen!“

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderungen des Personals in den Kinderbetreuungseinrichtungen nach einer statusverbessernden Einkommenserhöhung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.

Der Magistrat wird aufgefordert, beim Kommunalen Arbeitgeberverband darauf hinzuwirken, dass diese auf die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Statusverbesserung eingehen und über deren konkrete Ausgestaltung konstruktiv verhandeln.

Begründung:

Gute Arbeit verdient gutes Geld!

Das pädagogische Fachpersonal in den Kinderbetreuungseinrichtungen leistet Tag für Tag eine sehr gute Arbeit für unsere Kinder. Die Betreuungseinrichtungen sind inzwischen zur ersten Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes geworden. Der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt und die Bedeutung dieser Arbeit für unsere Gesellschaft hat zugenommen.

Leider ist die Entlohnung für diese Arbeit ihrer Bedeutung nicht angemessen. Aus diesem Grund sind die Forderungen der Gewerkschaft ver.di nach einer Statusverbesserung nachvollziehbar und angemessen.

Dass diese Forderungen von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geteilt werden, hat die breite Beteiligung an den Warnstreiks in den vergangenen Wochen gezeigt.

Auch aus der Elternschaft heraus gibt es eine große Solidarität für die Erzieherinnen und Erzieher.

Leider ist die Tarifaueinandersetzung aber festgefahren, da der Kommunale Arbeitgeberverband auf die gewerkschaftlichen Forderungen nicht eingeht. Es droht ein längerer Arbeitskampf auf dem Rücken der Familien, die auf die Betreuung in den Einrichtungen angewiesen sind.

Um diese Auseinandersetzung zu einem guten Ende zu bringen, sollte daher dem Arbeitgeberverband signalisiert werden, dass dieser im gesamtgesellschaftlichen Interesse der Forderung nach einer Statusverbesserung nachkommen soll.

Christina Herr
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN